

ISOR aktuell

Nr. 11/2002 ★ Infopreis: 0,00 Euro ★ November 2002

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Ostdeutsche weiter benachteiligt

Die beiden großen Verbände Sozialverband Deutschland (SoVD) und Volkssolidarität, die zusammen rund eine Million Mitglieder zählen, stellten sich Ende August erstmals gemeinsam der Presse, um vor allem auf drohende Nachteile und Gefahren für die Altersrenten in den neuen Bundesländern aufmerksam zu machen und zusätzliche Rentensteigerungen zu fordern. Sie warnten laut Presseberichten, dass wegen der hohen Arbeitslosigkeit und den geringen Einkommen den Ostdeutschen auch auf lange Sicht Nachteile bei den Altersrenten drohen. Dies könne zudem eine wachsende Altersarmut mit sich bringen. „Zwölf Jahre nach der deutschen Einheit beträgt der aktuelle Rentenwert Ost noch immer nur 87,8 Prozent des Rentenwertes West“ erklärte der Bundespräsident der Volkssolidarität, Dr. Gunnar Winkler.

Er erinnerte daran, dass diese Rentenangleichung einst für das Jahr 1996 versprochen worden war. Wäre dies geschehen, hätten die ostdeutschen Rentner bis heute ein zusätzliches Einkommen von umgerechnet knapp 29 Milliarden EURO erhalten, rechnete Winkler vor und verwies darauf, dass nun offiziell die An-

passung ans Westniveau in 17 Jahren versprochen wird. Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost müsse, verlangen beide Verbände, ein vorrangiges Ziel der nächsten Legislaturperiode des Bundestages sein.

Dazu müsse der Rentenwert Ost ab dem 1. Juli 2003 vier Jahre lang um jeweils 3 Prozentpunkte angehoben werden – zusätzlich zu den üblichen Anpassungen. Die Kosten dieser zusätzlichen Erhöhungen liegen nach den Verbandsangaben bei 6 bis 7 Milliarden EURO jährlich, die aus Steuermitteln aufzubringen wären.

Sorgen bereitet dem SoVD und der Volkssolidarität aber auch die künftige Rentenentwicklung – besonders im Osten auf Grund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sowie

von Lohnneinkommen, die im Schnitt noch heute deutlich unter 70 Prozent des Westniveaus liegen. Ende 2001 habe die durchschnittliche Rente nach 35 bis 39 anrechenbaren Versicherungsjahren im Westen 888 EURO (Männer) und 716 EURO (Frauen) sowie im Osten 766 EURO (Männer) und 651 EURO (Frauen) betragen. Das mache deutlich, dass die gesetzlichen Renten bei weiterem Absinken keineswegs mehr den Lebensstandard sichern können, wie SoVD-Präsident Peter Vetter betonte. Insbesondere in den neuen Ländern befürchtet er deswegen ein „rasches Ansteigen der Altersarmut“. Diese Gefahr werde, so Vetter, durch die Riesterische Rentenreform verschärft. Denn oftmals seien die Ostdeutschen finanziell nicht in der Lage, Rentenlücken durch zusätzliche private Vorsorge auszugleichen.

Die Verbände verlangen hier, zumindest in den neuen Ländern die staatlichen Zuschüsse zur Riester-Rente um 13 Prozent aufzustocken, um diese dann im Maße der Lohnentwicklung „abzuschmelzen“.

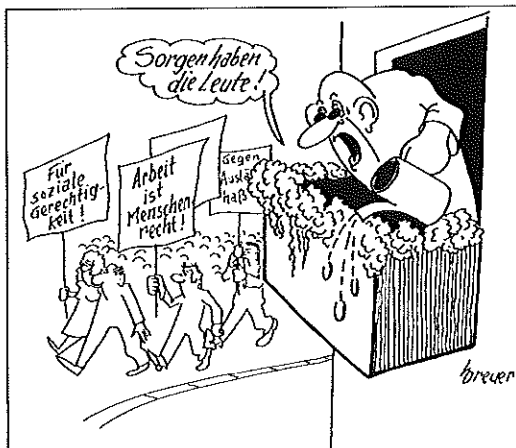
Keine Frage, dass die allgemeinen Probleme der Rentenkassen – Arbeitslosigkeit, stagnierende Einkommen und steigende Lebenserwartung – in

den neuen Ländern besonders ausgeprägt vorzufinden sind.

Die Verbände rückten Medienbehauptungen vom inzwischen glücklicher gewordenen Ostdeutschen gerade.

**Rückgang der sozialpflichtigen Beschäftigten im Osten seit 1997: 2,6 Prozent;
Bruttoeinkommen im Jahr 2000 unter Berücksichtigung der längeren Wochenarbeitszeit im Osten: deutlich unter 70 Prozent des Westniveaus;**

fast jeder zweite Erwerbstätige im Osten zählte 1998 zu den Geringverdienern, jeder achte Bürger gilt als einkommensarm.



Aus dem Karikaturenbuch der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) »GRUNDGESETZ FÜR OSTDEUTSCHE UND ANDERE ANGEMEIERTE«, GNN-Verlag, 1999.

Nach Ansicht der Volkssolidarität sind zudem die Lebenshaltungskosten in den neuen Ländern in den letzten Jahren rasanter gestiegen als in den alten.

So bleibt auch wenig Geld, um privat vorzusorgen oder anderweitig ein Altersvermögen aufzubauen. Nicht einmal jeder zehnte hat ein betriebliches Versorgungsrecht. So ernüchternd diese Bilanz nach zwölf Jahren Einheit ist, so klar ist auch, dass sich die grundlegenden Probleme nicht kurzfristig lösen lassen. Beitragsfinanzierte Renten brauchen Beschäftigung und Einkommen. Die Sozialverbände fordern daher auch ein flächendeckendes Struktur- und Investitionsprogramm für die neuen Länder.

Aus: GBM Informationen 10/2002

Unsere Ehrenamtlichen

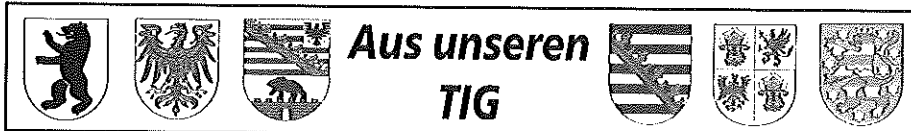
Das Jahr 2001 war das internationale Jahr der Freiwilligen. Eine Öffentlichkeitskampagne stand unter dem Motto „was ich kann, ist unbezahlbar“. Millionen von Menschen in der BRD engagieren sich freiwillig und ehrenamtlich. Dazu zählen auch 30 Betreuer und Betreuerinnen der TIG Schwerin.

Der Vorstand unserer TIG ist sich der Bedeutung ihres unermüdlichen Wirkens für den Verein wohl bewusst und weiß, dass er ohne dieses Bindeglied zwischen Vorstand und den Vereinsfreunden nur unvollkommen seine Aufgaben lösen konnte. Deshalb finden in regelmäßigen Abständen und neben den obligatorischen Vereinsversammlungen mit ihnen Gedanken- und Erfahrungsaustausche statt, die zugleich ihrer Anleitung und Unterstützung dienen. Schließlich müssen und wollen sie gegenüber ihren Gruppen zu vielen Fragen unseres Vereinslebens zusätzlich Rede und Antwort stehen.

Eine Reihe von ihnen sind bereits seit der Gründung der TIG in dieser Funktion und trotz erreichen eines „Alters“ jung geblieben.

Sie finden Freude, Zufriedenheit und Anerkennung in dieser Tätigkeit, wenngleich manchmal damit auch Ärger und Enttäuschung verbunden sind. Trotzdem ist es an der Zeit, dass sich die Jüngeren unseres Vereins freiwillig für eine solche Aufgabe zur Verfügung stellen, denn unser noch langer Kampf um Rentengerechtigkeit macht einen solchen „Generationswechsel“ erforderlich. Hier schließt sich der kleine Kreis meiner Betrachtungen mit einem ganz großen Dankeschön an unsere Ehrenamtlichen seitens aller Vereinsfreunde und des Vorstandes. Ja, ihre Aktivitäten und ihr Einsatz für unsere Gemeinschaft sind im wahrsten Sinne des Wortes für die ISOR e.V. und unseren Verein unbezahlbar. Ihr Wirken im Kampf um die Überwindung des Rentenstrafrechts wird für alle zu weiteren finanziellen Verbesserungen führen.

Lothar Voigt, TIG Schwerin



Auch wenn die Bundestagswahlen der Schnee von gestern sind, möchte ich doch für die **TIG Cottbus** von Gesprächen mit damaligen Kandidaten berichten.

Weder der ehemalige Oberbürgermeister von Cottbus Waldemar Kleinschmidt, CDU, noch Wilfried Schreck, SPD, hatten von unserem Verein bisher etwas gehört, wohl aber vom Rentenstrafrecht. Herr Kleinschmidt hatte **ISOR Aktuell** 8/02 mit dem Artikel zum Brief von Herrn Merz aufmerksam gelesen, unsere Probleme mit dem Rentenstrafrecht erkannt und zugesagt, gegen Rentenungerechtigkeiten einzutreten. Unabhängig davon, ob er gewählt wird oder nicht. Da er auch Gespräche mit Opferverbänden hatte, kamen wir zwangsläufig auch darauf zu sprechen. Wir erzielten aber Einigkeit darüber, dass das erstens zwei völlig unterschiedliche Themen sind und damit zweitens auf verschiedenen Ebenen zu klären und gesetzlich zu fixieren sind.

Anders der SPD-Kandidat Herr Schreck. Er verstand zwar unsere Auffassung zum Rentenstrafrecht, sicherte aber nichts zu.

Beide Politiker verfehlten ihren Einzug in den Bundestag. Das Wort von Waldemar Kleinschmidt haben wir aber noch im Ohr. Und wir werden ihn beim Wort nehmen.

Im Ergebnis aller Aktivitäten vor der Bundestagswahl gibt es für uns eine sehr wichtige Schlussfolgerung:

Wir müssen den Kontakt zu den Abgeordneten aller Parteien in allen Parlamenten, vom Bund bis zur Gemeinde, weiter halten und ständig vertiefen. Aber auch bei jenen, die nicht gewählt wurden, müssen wir uns immer wieder und wieder in Erinnerung bringen, weil im persönlichen Gespräch unser Standpunkt noch besser vermittelt werden kann als eben mit dem geschriebenen Wort.

Gerd Röseberg

★

In unsere TIG **Glauchau/Hohenstein-Ernstthal** hatten wir die damalige Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Heidemarie Lüth (PDS) eingeladen. Auch wenn Heidemarie Lüth, die unseren Kampf um Rentengerechtigkeit stets unterstützte, nun leider nicht mehr in dieser Funktion tätig sein kann, gab sie uns doch wertvolle Hinweise über weiterzuführende bzw. neue Petitionen an den nunmehr 15. Deutschen Bundestag.

In der „Vorwahlzeit“ stieß man damit meist auf taube Ohren oder hörte lapidare Ausreden. Nun müssen wir über kluge Argumente reden, mit denen wir unsere berechtigten Anliegen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts

in neuen Petitionen vortragen, die nicht mit einem Federstrich abgewiesen werden können. Und wir werden uns damit weiterhin Gehör verschaffen.

Heini Blechschmidt

★

Unter dem Motto „**10 Jahre TIG Wurzeln in der ISOR e.V., 10 Jahre Kampf für soziale Gerechtigkeit im Rentenrecht**“ beging unsere TIG ihr zehnjähriges Bestehen. Der Vorsitzende unserer TIG, Rudi Winkelmann, hat in seinen Ausführungen vor den Mitgliedern mit Partnern die 10 Jahre Kampf für soziale Gerechtigkeit, besonders in Rentenrecht analysiert und die Leistungen aller Mitglieder unserer TIG gewürdigt.

Bei Kaffee und Kuchen unter Mitwirkung der Blaskapelle von Schönau waren es für die 55 Teilnehmer ein paar unvergessene Stunden. Besonderer Dank gilt der Familie Stein, welche uns im Hohburger Lossatal hervorragend bewirtete. Alle Teilnehmer waren sich einig, unser Kampf für die soziale Gerechtigkeit im Rechtsstaat Deutschland geht weiter. Mit der Teilnahme des Beiratsmitgliedes Wolfgang Henter und dem Mitbegründer der TIG Wurzeln, Schönley Karli, wurde die Arbeit unserer TIG gewürdigt.

Gleichzeitig waren an diesem Tag auch die Gedanken bei den Hochwassergeschädigten der Jahrhundertflut. Spontan kam der Aufruf zur Spende für die Flutopfer Kollau der Gemeinde Tallwitz. Dieser Ortsteil war total unter Wasser und die Einwohner haben sehr große Verluste zu verzeichnen. Der gespendete Beitrag von 675 EURO wurde durch den Vorsitzenden der TIG zum Benefizspiel SSV Thallwitz gegen VfB Leipzig in der Halbzeitpause dem Initiator der Veranstaltung, einem Mitglied unserer TIG, zur unbürokratischen und schnellen Weiterleitung an die Betroffenen übergeben.

G. Volkmer

★

Am 28. 9. 2002 präsentierte der **Hoyerswerdaer** Geschichtsverein „Neuzeit“ (in Bildung) gemeinsam mit dem Verlagsleiter des Buchverlages „edition ost“ unter Teilnahme von Mitgliedern der TIG das Buch „Die Sicherheit – zur Abwehrarbeit des Mfs“. Von den 20 Autoren stellten sich der Diskussion u. a. Wolfgang Schwanz (ehem. Leiter des AfNS) sowie die ehemaligen Mfs-Generale Möller und Niebling. Das Ziel der Veranstaltung war, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion zum Thema Mfs zu leisten. Die Lokalpresse reagierte mit Pro und Kontra auf die Veranstaltung.

Aus der Postmappe

Nach 575 Tagen Haft in der JVA Hakenfelde wurde ich am 1. 8.2002 entsprechend Beschluss der Strafvollstreckungskammer beim Landgericht Berlin aus der JVA entlassen und die Vollstreckung der Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Nummehr möchte ich mich auf diesem Wege beim Vorstand, allen Mitgliedern und Sympathisanten von ISOR für die sehr aufmerksame und stete solidarische Hilfe und Unterstützung während der Zeit meiner Haft ganz herzlich bedanken und allen Genossen und Freunden allerbeste kameradschaftliche Grüße übermitteln.

Im Januar 2002 hatte ich an den Leiter der JVA (zur Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft) einen Antrag auf Aussetzung der Haftstrafe auf Bewährung gemäß § 45 des StGB der DDR gestellt.

Aber über 6 Monate erhielt ich darauf keine Antwort! Sehr, sehr viele Gesuche und Schreiben von Genossen und Freunden, die eine Umwandlung der Haftstrafe erwirken sollten, wurden von der Justizbehörde abgelehnt, blieben ohne Erfolg.

Aber diese Schreiben und Gesuche, die vielen persönlichen Briefe, Grußadressen von Freunden und Genossen, zahlreiche Postsendungen mit Informationsmaterialien, Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen, viele Solidaritätsbeweise in Wort und Schrift haben sehr wesentlich dazu beigetragen, das eigene Stehvermögen zu stärken, immer wieder Mut zur Auseinandersetzung zu haben und im Kampf um Gerechtigkeit nicht nachzugeben. Es ist gerade während der Zeit der Haft von außerordentlicher Bedeutung, dass man immer weiß, fühlt und empfindet: Man ist nicht allein!

Im weiteren Kampf für Gerechtigkeit und gegen Rechtsbeugung wünsche ich uns allen guten Erfolg und vor allem Gesundheit und Kraft in diesem harten Kampf.

Mit freundlichem Gruß Dieter Mühlmann

Auf dem Büchermarkt

Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josef Schwarz

Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik

(Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH, Bonn 2002) ISBN 3-89144-330-7, Preis: 25,- €; 60 Seiten Text zur Geschichte und Arbeit der Roten Hilfe und ihrer Anwälte in Deutschland, 237 Seiten alphabetisch geordnet 340 Biographien der für die Rote Hilfe in Deutschland tätig gewesenen Rechtsanwälte Heinrich Hannover macht in seinem Vorwort auf die Tragik des Schicksals vieler der erwähnten mutigen Anwälte aufmerksam, von denen heute oft nur wenig mehr als der Name be-

kannt ist, obwohl sie zu den mutigsten Kämpfern gegen den aufkommenden Faschismus gehörten.

Das Reichsgericht ging Anfang der 30er Jahre dazu über, in bestimmten Verfahren Anwälte, die KPD-Mitglieder waren, von der Verteidigung auszuschließen, weil sie – durch ihre Mitgliedschaft – der Teilnahme an den angeblich hochverräterischen Unternehmungen ihrer Mandanten verdächtigt wären (S. 26). Allein die Tatsache, dass ihre Namen in ein Handbuch der Roten Hilfe aufgenommen worden waren, konnte schon 1930 zu einem Ehrengerichtsverfahren vor der Anwaltskammer führen, und nach der Machtergreifung der Faschisten 1933 kam ihre direkte Gefährdung als Verteidiger von Antifaschisten hinzu.

Tragisch auch, dass diesen Repräsentanten eines besseren Deutschland, einer kleinen Schar mutiger Juristen – weniger als 2% der damals in Deutschland zugelassenen Anwälte – nach der Zerschlagung des Faschismus die mehr als verdiente Ehrung versagt blieb:

Dass die Angeklagten der politischen Justiz von 1918 bis 1933 ganz überwiegend Kommunisten waren, sicherte ihnen zwar in der DDR ein ehrendes Andenken, nicht aber in der alten Bundesrepublik, in der historische Verdienste von Kommunisten einfach nicht wahr sein durften und weiterhin der Zensur des Schweigen verfielen. Sich ihrer zu erinnern, hätte der neuen Kommunistenverfolgung, die

bis in unsere Tage anhält, im Wege gestanden. Mit den Verteidigern hatten beide deutsche Nachkriegsstaaten ihre Schwierigkeiten. Nicht nur, weil sie ganz überwiegend Juden oder jüdischer Abstammung waren und antisemitische Geisteshaltungen hier wie dort fortwirkten oder wiederkamen. Auch soweit sie Kommunisten waren, erinnerte man sich ihrer sowohl im Westen wie im Osten nicht gerne, weil man nicht über sie reden kann, ohne auch der schwärzesten Abschnitte deutscher und sowjetischer Geschichte zu gedenken. Denn die Lebensläufe vieler Angeklagter und ihrer Verteidiger endeten in Gefängnissen und Todeslagern. Und zwar, was für alle freiheitlich gesinnten Sozialisten besonders empörend ist, nicht nur in denen Hitlers, sondern auch in denen Stalins“ (H. Hannover, Vorwort, S. 7).

So ist die vorgelegte Arbeit mehr als eine längst überfällige zeitgeschichtliche Dokumentation. Den Autoren und dem Verlag gereicht zur Ehre, die inzwischen schon legendäre Schrift von Felix Halle, „Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht“ wieder einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht zu haben, indem ihre 4. Auflage (1931) als Faksimile-Reprint beigelegt wurde. Sie half damals auch im illegalen Kampf gegen den Faschismus vielen Genossen – wenn gleich für andere Kampfbedingungen geschrieben –, sich richtig zu verhalten.

Sich eigene, überparteiliche Schutzorganisationen zu schaffen, wie es damals die Rote Hilfe war, bleibt Erfahrungswert des Klassenkampfes ebenso wie die Notwendigkeit, vorsorglich qualifizierte und engagierte Anwälte des Vertrauens zur Verfügung zu haben. Möge die geschichtliche Lehre ernst genommen und niemals wieder zugelassen werden, Organisationen und Anwaltschaft von ihrer Klientel zu trennen.

Gegenüber den Autoren und dem Verlag bleibt, Dankbarkeit zu bekunden angesichts der Tatsache, ein so schweres Kapitel deutscher Geschichte aufgegriffen zu haben. Möge die Arbeit mahnen und helfen, die Solidarität der Verfolgten und ihrer Beistände niemals wieder zu einer Einbahnstraße verkommen zu lassen. Zumindest das bleiben die Nachfolger dem Leben und Kampf der Vorgänger schuldig.

Übrigens: Viele ehemalige Hoheitsträger der DDR fanden zuallererst bei jüdischen Anwälten, vornehmlich aus Westberlin und der BRD, engagierte Verteidiger in ihren Strafverfahren vor den Gerichten der BRD.

Prof. Dr. Horst Bischoff

Berichtigung:

Unser Freund Rolf Werner aus Berlin-Treptow wurde im Oktober nicht 75 sondern 80 Jahre alt. Dazu nachträglich nochmals herzlichen Glückwunsch. D. Red.

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 91. Geburtstag:

Lucie Raasch, Berlin-Prenzlauer Berg
Johanna Riedel, Leipzig

zum 90. Geburtstag:

Paul Bröde, Berlin-Mitte
Helmut Gerstner, Berlin-Friedrichsfelde

zum 89. Geburtstag:

Arthur Kirsten, Taucha
Günter Vehres, Berlin-Weißensee

zum 85. Geburtstag:

Elfriede Guhlemann, Rostock
Lotte Märtens, Magdeburg
Ernst Neubert, Cottbus
Walter Voigt, Plauen

zum 80. Geburtstag:

Liselotte Bastian, Potsdam-Stern
Rudolf Bilek, Löbau
Heinz Blaschke, Berlin-Köpenick
Elly Gottschall, Ilmenau
Gerhard Jäger, Berlin-Hellersdorf
Hubert Just, Löbau/Kemnitz
Gerhard Laube, Leipzig
Siegfried Lehnert, Gera
Heinz Müller, Chemnitz
Elfriede Schlenzig, Zschopau
Lieselotte Stenke, Perleberg
Günter Tilsch, Berlin-Treptow
Lieselotte Todtermuschke, Dresden
Ortrun Zschäkel, Berlin-Hohenschönh.

zum 75. Geburtstag:

Siegfried Andrä, Berlin-Pankow
Edith Asmus, Rostock
Werner Bachmann, Pößneck
Toni Biela, Berlin-Lichtenberg
Lieselotte Blochberger, Ziegenrück
Helmut Blockdorf, Berlin-Friedrichsfelde
Gerda Böhme, Dresden
Harri Botz, Rostock
Ursula Brühmann, Berlin-Treptow
Rosa Brunne, Stüderitz
Erich Brunne, Stüderitz
Elfriede Büchner, Berlin-Friedrichshain
Edith Erhardt, Berlin-Marzahn
Horst Fischer, Oelsnitz
Rudi Fuchs, Saßnitz
Charlotte Giltsch, Strausberg
Gerda Glitz, Rostock
Werner Goerz, Schwerin
Erhard Härtlein, Chemnitz
Günter Haniak, Cottbus
Wolfgang Haufe, Cottbus
Wolfgang Hein, Berlin-Friedrichsfelde
Roland Hetzer, Berlin-Friedrichsfelde
Günter Hoferichter, Perleberg
Ritta Hofmann, Berlin-Köpenick
Edith Klenner, Schwerin
Ursula Kluth, Rostock
Walter Kowal, Halle
Else Küllmey, Berlin-Treptow

Klaus-Dieter Linke, Stralsund

Jürgen Martens, Saßnitz
Elfriede Maryniak, Rostock
Rudi Meichsner, Forst
Kurt Neubert, Ellenburg
Gerhard Polster, Chemnitz
Willi Przemuß, Aschersleben
Helmut Richter, Cottbus
Günter Riecke, Magdeburg
Ernst Roth, Berlin-Hohenschönhausen
Alma Scherwinski, Rostock
Helga Schietzel, Dresden
Ingeborg Schliecker, Berlin-Friedrichsfelde
Elfriede Schreiber, Prerow
Anni Schurz, Schleusingen
Alfons Schwember, Cottbus
Hans Spees, Leipzig
Alfred Thurm, Leipzig
Ursula Ullmann, Cottbus
Werner Wächter, Dresden
Helmut Wäldchen, Magdeburg
Werner Weise, Berlin-Treptow
Heinz Wirthgen, Berlin-Treptow
Marga Wodiczka, Berlin-Weißensee
Margot Woinke, Berlin-Friedrichsfelde
Eva Wokeck, Berlin-Treptow
Ursula Zellmann, Berlin-Friedrichsfelde
Waltraud Zimmermann, Berlin-Treptow

Die AG Recht informiert

Achtung

Neue Sprechzeiten der AG Recht

Ab 1. 1. 2003 verändern sich die Sprechzeiten der AG Recht beim ISOR-Vorstand wie folgt:

Dienstags von 9 bis 12 Uhr sowie jeden 1. und 3. Donnerstag des Monats von 15 bis 18 Uhr

nach wie vor im Raum 317, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin 10243

In der Zeit vom 24. 12. 2002 bis 31. 12. 2002 werden keine Sprechstunden durchgeführt. Wir bitten, auch die Sprechstunden der AG Recht in den TIG zu nutzen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass bei schriftlichen Anfragen an die AG Recht beim ISOR-Vorstand unbedingt die Telefonnummer anzugeben ist, um erforderliche Rückfragen auf kurzem Weg zu ermöglichen.

★

Bei Anfragen von Rentenversicherungsträgern, ob Anträge oder Widersprüche gegen Rentenbescheide ruhen können, kann dem zugestimmt werden, wenn es sich um den Anspruch auf mehr als 1,0 EP oder um die Dynamisierung besitzgeschützter Rentenbeiträge handelt. Wenn solche Ansprüche neu mit Anträgen oder Widersprüchen geltend gemacht werden, sollte gleich das Ruhen des Verfahrens beantragt werden.

(Siehe auch **ISOR aktuell Nr. 71/2002**)

★

In letzter Zeit mehren sich Anfragen von Mitgliedern bezüglich der Weiterführung ihres Rechtsstreites um Rentengerechtigkeit. Wir empfehlen diesen Mitgliedern, sich mit ihren Anliegen an ihren zuständigen TIG-Vorstand bzw. an die AG Recht zu wenden. Diese Gremien sind dazu geschult und auskunftsbereit. Zusätzlich wird ein **Service-Telefon** bei der AG Recht am Sitz der Geschäftsstelle eingerichtet.

ServiceTelefon: 030 / 29 78 43 18
vom 21. 11. 2002 bis 19. 12. 2002
jeweils donnerstags von 9.00 - 12.00 und
von 15.00 - 18.00 Uhr

Aufgrund von Anfragen zu dem Buch „Im Paradies der Erinnerungen...“ von Manfred Liebscher wird mitgeteilt:

Das Buch kann unter Angabe der ISBN-Nr. in Buchhandlungen bestellt werden. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, sich an den Autor (Tel.-Nr.: 030-9462881) oder direkt an die NORA-Verlagsgemeinschaft (Tel.-Nr.: 030-20454990, Fax 030-20454991) zu wenden.

Die Hochwasserkommission informiert

Am 30. Oktober kam die „Unabhängige Kommission zur Verteilung von Spenden – Hochwasser –“ künftig kurz „Hochwasserkommission“, zu ihrer zweiten Beratung zusammen. Mit großer Freude konnte sie eine Spendensumme von sage und schreibe rund 112.000,00 € zur Kenntnis nehmen.

Dafür sagen wir allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank.

In der Beratung traf die Kommission erste Entscheidungen über die Auszahlung von Spendenmitteln an Hochwassergeschädigte. Dazu hatten sich die Kommissionsmitglieder auf zwei Grundsätze geeinigt:

Erstens größere Beträge vor allem an Geschädigte zu überweisen, deren weitere berufliche Existenz durch die Hochwasserschäden ernstlich bedroht ist. Das sind glücklicherweise nur wenige Fälle.

Zweitens soll mit den Spendenmitteln versucht werden, Differenzen zwischen der Schadenssumme und bereits gezahlter bzw. zu erwartender Schadenersatzzahlung oder anderer finanzieller oder materieller Hilfe zu verringern. Ein völliger Ausgleich, das ist bereits absehbar, ist leider nicht möglich. Davon ausgehend verfügte die Kommission erstmalig über die Vergabe der Spendenmittel, und zwar 81.400,- € an 30 Geschädigte.

P. Fricker

Der Vorstand teilt mit

In seiner Sitzung am 30. 10. 2002 beriet der Vorstand zu aktuellen Problemen des politischen Kampfes; stellte den Entwurf der neuen politischen Konzeption zur Diskussion; nahm eine Information der AG Medien zu **ISOR aktuell** und zur Web-Site der ISOR e.V. entgegen und bestätigte die aktualisierte Konzeption zu **ISOR aktuell**.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ARNO BÖRNER, Hildburghausen
FRIEDRICH BOSSE, Potsdam-West
OTTO CRONE, Berlin-Köpenick
HEINZ ERDMANN, Frankfurt/Oder
ERWIN EULENBERGER, Zeitz
HELMAR FLIETEL, Berlin-Marzahn
WILLI GRÜNBERG, Eberswalde
HEINZ HATTANN, Schwarzenberg
WOLFGANG HEINRICH, Ladeburg
RUTH HERZOG, Suhl
BÄRBEL HOCHÉ, Berlin-Hohenschönhausen
JOSEF JECH, Erfurt
ADOLF JELITTE, Tangerhütte
HELMUT KAISER, Magdeburg
KURT KETTNER, Greifswald
GERHARD KÖRNER, Meerane
ELEONORE KOSYREWA, Berlin-Köpenick
JOACHIM KRAUSE, Rudolstadt
LUDWIG LORENZ, Berlin-Treptow
ADOLF MAIER, Berlin-Hohenschönhausen
WERNER MENZEL, Harra
WERNER PAWLICKI, Halberstadt
KARLHEINZ PLOCK, Gera
ALFRED POBURSKI, Stralsund
PETER RAUH, Erkner
HARALD RENNER, Hedersleben
KURT ROSULEK, Berlin-Hellersdorf
KURT RUDERT, Eilenburg
JOACHIM RUDOLPH, Berlin-Marzahn
DETLEV SCHMIDT, Berlin-Pankow
ALFRED SCHNABEL, Leipzig
ROLF-PETER SCHNEIDER, Chemnitz
HELLMUT SCHUBERT, Liegau-Augustusbad
ERHARD SCHÜLER, Hohenstein-Ernstthal
DIETER SCHULZE, Berlin-Marzahn
REGINA SEYRING, Potsdam-West
DANIEL SILZ, Leipzig
GISELA STELZER, Prora
RUDOLF TZSCHOPPE, Görlitz
LIESBETH VOIGT, Potsdam West
AXEL WAGENKNECHT, Berlin-Hohenschönh.
DIETER WALLASCH, Berlin-Köpenick
IRMA WOLTER, Rostock

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Friedrich Noll, do Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 5. 11. 2002

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben!